

Umbrüche im Nahen Osten und die Auswirkungen auf die Geopolitik: der Arabische Frühling, Iran, USA und Sudan; Zusammenfassung der Podiumsdiskussion aus der Reihe "Brennpunkte der internationalen Politik"

Schmidtberger, Andrea

Veröffentlichungsversion / Published Version

Diskussionsprotokoll / discussion protocol

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidtberger, A. (2012). *Umbrüche im Nahen Osten und die Auswirkungen auf die Geopolitik: der Arabische Frühling, Iran, USA und Sudan; Zusammenfassung der Podiumsdiskussion aus der Reihe "Brennpunkte der internationalen Politik"*. (Report / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-431419>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zusammenfassung

Podiumsdiskussion aus der Reihe „Brennpunkte der Internationalen Politik“

21. März 2012

Umbrüche im Nahen Osten und die Auswirkungen auf die Geopolitik

Der Arabische Frühling, Iran, USA und Sudan

Andrea Schmidtberger

Podium:

Heinz Gärtner, oiip

Jan Pospisil, oiip

Cengiz Günay, oiip

Moderation:

Elisabeth Manas, Ö1

Veranstaltungsort: oiip, Berggasse 7, 1090 Wien

Anzahl der Teilnehmer/innen: 80 Personen

Bei der Podiumsdiskussion wurde von den Experten am Podium die Thematik der Umbrüche im Nahen Osten mit Blick auf die lokalen wie auch regionalen und globalen Auswirkungen diskutiert. Nach Einführungen in die Situation in Syrien und im Sudan wurden die Positionen der Global Player USA, Russland, China und des UN-Sicherheitsrats in Bezug dazu gesetzt.

Cengiz Günay erläuterte in seinem Statement die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche in Syrien, wobei er darauf hinwies, dass unser Wissen über den Konflikt und die Situation stark von der medialen Berichterstattung geprägt sei, beispielsweise von einer vereinfachenden schwarz-weiß-Darstellung der Konfliktparteien. So gebe es nicht etwa eine geeinte Opposition, sondern mehrere Gruppen: Medial bekannt sei der „Syrian National Council“, der vor allem von Dissident/innen unterstützt werde, im Land jedoch wenig verankert sei, was unter anderem an der komplexen Gesellschaftsstruktur liege. Trennlinien in der syrischen Gesellschaft seien erstens ethnische Unterschiede, zweitens unterschiedliche konfessionelle Orientierung und drittens die politische Ausrichtung, wobei diese sich zwischen den Polen säkular und islamistisch orientiere. Diese Linien ließen sich nicht klar und eindeutig ziehen, Überlappungen und Abstufungen seien vorhanden.

Eine weitere oppositionelle Gruppe, die „Free Syrian Army“, bestehe vorrangig aus Deserteur/innen, allerdings würden kritische Beobachter/innen darauf hinweisen, dass die wichtige



Rolle dieser Bewegung im Aufstand ein Mythos sei. Ein weiterer oppositioneller Akteur sei das „Nationale Koordinationskomitee“, dem jedoch vorgeworfen werde, vom Regime organisiert zu werden. Beispielsweise trete der „Syrian National Council“ gegen eine Intervention des Regimes ein, das „Koordinationskomitee“ jedoch dafür. Einige weitere lokale Oppositionsgruppen, teilweise Milizen, agierten im

Land relativ unabhängig voneinander, gemein sei ihnen das Fehlen politischer Konzepte, es eine sie meist lediglich der Widerstand gegen das Regime und ein aktionistisches Vorgehen – eine Forcierung der politisch ideologischen Inhalte würde sich demnach nachteilig auswirken.

Das Regime nutze bewusst die potentiellen Konflikte um ethnische und religiöse Zugehörigkeit, um sich die Loyalität beispielsweise der Mitglieder des Staatsdienstes oder der Sicherheitskräfte zu sichern – diese befänden sich „in einer Art Geiselhaft“, so Günay. Dies müsse dem medial vermittelten Bild eines „alevitischen Charakters“ des Regimes hinzugefügt werden, da es zeige, dass Assad nur durch fortwährenden Einsatz an Gewalt seine Position halten könne. Der Ausnahmezustand sei nach 48 Jahren aufgehoben worden, stattdessen seien nun jedoch strenge sogenannte Anti-Terror-Gesetze in Kraft, die von der Opposition ebenso kritisiert würden wie das Verfassungsreferendum im Februar, das als „zu spät und zu wenig“ aufgefasst werde.

Günay wies auch auf den Einfluss ausländischer Interessen hin, ebenso auf die Rolle des Islamismus. Aus regionalpolitischer Perspektive zeige sich der Iran involviert, der eng mit

dem syrischen Regime verbunden sei. Berichten zufolge seien iranische Eliteeinheiten in Kampfhandlungen und bei der Ausbildung der Armee in Syrien verwickelt. Ein Regimesturz würde sich weiters auf Libanon sowie auf die Hisbollah auswirken. Saudi Arabien und die Golfstaaten träten aus eigenem Interesse für eine Schwächung des Irans und somit gegen das syrische Regime ein. Die Türkei wiederum, lange Zeit verbündet mit Assad, habe einen radikalen Schwenk vollzogen und unterstütze mittlerweile die Proteste gegen das Regime und gewähre sowohl Flüchtlingen als auch Kämpfer/innen der Opposition einen Rückzugsraum auf ihrem Staatsgebiet.

Es gebe eine breite Palette an Gruppen, die als islamistisch eingestuft werden könnten, diese müssten daher differenziert betrachtet werden. Die Muslimbruderschaft sei seit den 80er Jahren geschwächt, unterstütze jedoch manche Gruppen aus dem Aufstand, auch finanziell. Zu erkennen sei eine allgemeine Hinwendung zur Partizipation an demokratischen Prozessen, auch von den salafistischen Gruppen in Ägypten – dieser Aspekt sei „sensationell“ und werde zu selten bemerkt, so Günay. Dies bedeute keine Abkehr vom Wertekonservatismus, sondern eine Hinwendung zu einem Pragmatismus in der politischen Arbeit.

In seinem Beitrag über die Entwicklungen im Sudan ging **Jan Pospisil** auf drei zentrale Herausforderungen, vor denen der Staat stehe, ein. Zum Ersten sei der Staat mit zwei „neuen“ Nachbarn im Norden konfrontiert, nämlich Libyen und Ägypten nach den Umbrüchen, zum Zweiten mit dem unabhängigen Staat Südsudan und zum Dritten mit einer sich verändernden internationalen Haltung gegenüber dem Sudan.

Präsident Bashir stelle zwar die kontroverse These auf, dass der „Arabische Frühling“ bereits 1989, im Jahr seiner Machtübernahme, stattgefunden habe, sei aber in der Realität bereits mit den Auswirkungen der Regimeumwälzungen in den Nachbarländern konfrontiert. Der Bevölkerung Sudans sei durch die Umwälzungen im Rahmen des Arabischen Frühlings die Möglichkeit von Veränderung bewusst geworden, vereinzelte Proteste seien die Folge gewesen. Diese hätten



zwar nicht Bashir direkt adressiert, würden allerdings zeigen, dass sich die bisher ruhige Situation ändern könne. Durch den Arabischen Frühling habe das Regime Bashir auch international eine neue Bewertung erlebt – habe er bislang als Garant für Stabilität gegolten, so sei dies nun nicht mehr ausreichend.

Die Staatenteilung wirke sich für den Sudan insofern bereits aus, als der ölreiche Süden die Ölexploration und den Öltransport durch die Pipelines im Norden vor Wochen gestoppt habe. Die Pipelines seien mittlerweile leer und der Norden stehe vor einer umfassenden Problemsituation, da etwa China deshalb diverse Bauvorhaben und Investitionen abgesagt habe, zudem zeichne sich eine Lösung im Sinne des Nordens nicht ab. Die vor der Staatenteilung erwartete Interdependenz zwischen dem Norden – im Besitz der Ölpipelines und der Häfen –

und Süden – im Besitz des Öls – habe sich also nicht bewahrheitet, der Süden habe durch den Stopp des Öltransports ein deutliches Zeichen gesetzt.

Präsident Bashir stehe nun vor der Aufgabe, die innenpolitischen Schwierigkeiten zu kanalisieren, um weiterhin das Vertrauen in sich im Land wie auch international aufrecht erhalten zu können. Daher setze er auf die Forcierung eines islamisch-pragmatischen Bündnisses, was allerdings etwa von Turabi, dem Vorsitzenden der islamisch orientierten „Popular Congress Party“ kritisch, weil vereinnahmend aufgefasst werde. Im Sudan seien starke Bemühungen einer bewussten Islamisierung festzustellen, etwa durch die Anvisierung einer Kooperation von Turabis Partei und der islamischen Umma-Partei. Die Partei Bashirs, die regierende „National Congress Party“, befinde sich in der kritischen Lage, sich nun als Stabilitätsanker präsentieren zu müssen. Wichtiger Partner dabei sei China, und auch die Tatsache, dass der Budgetplan der USA einen Schuldenerlass für den Sudan vorsehe, lasse auf eine wohlwollende Haltung schließen, nicht auf Isolation.

Anschließend befasste sich **Heinz Gärtner** mit der Rolle der internationalen Gemeinschaft und des UN-Sicherheitsrates im Arabischen Frühling und den aktuellen Konfliktlagen. In der Frage der Haltung des Sicherheitsrates gegenüber Syrien konnte am 21. März 2012 eine gemeinsame Erklärung erreicht werden – dies sei als positive Entwicklung zu deuten, da



China und Russland zwar weiterhin einer gemeinsamen Resolution negativ gegenüberstünden, allerdings nun Bewegung zu erkennen sei. Mit ihrer Ablehnung hätten die beiden Staaten zum Ausdruck gebracht, dass eine ähnliche Entwicklung wie in Libyen nicht erwünscht sei, ein militärisches Eingreifen also derzeit nicht zur Debatte stehe. Auch der Westen denke ähnlich geopolitisch, betone jedoch zugleich die Frage

der Menschenrechte und des Schutzes der Zivilbevölkerung. Das Gremium des Sicherheitsrates sei durch die Blockade Chinas und Russlands geschwächt worden und habe den konservativen Gruppen in den USA in die Hände gespielt. Die gemeinsame Erklärung des Sicherheitsrates solle also als positives Zeichen erkannt werden, denn auch eine Resolution hätte keine befriedigende Lösung schaffen können – die schwierige Frage, welche oppositionellen Gruppen man in Syrien unterstützen solle, hätte beantwortet werden müssen, außerdem scheine eine militärische Lösung kaum umsetzbar. Es gebe zahlreiche Möglichkeiten, die vor einem Militäreinsatz ausgeschöpft werden müssten, etwa Sanktionen, eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof, eine Isolation des Assad-Regimes usw.

Die Frage des Nuklearwaffenbesitzes Irans und der Lage Israels beleuchtete Gärtner ebenfalls: Gegenüber Israel habe US-Präsident Obama taktisch geschickt alle Optionen offen gelassen, wenngleich die USA natürlich eine bestimmte, bekannte außenpolitische Linie verfolge. Auch in diesem Konflikt werde von Befürworter/innen eines Eingreifens der USA der Begriff des „window of opportunity“ bemüht, allerdings habe sich immer wieder gezeigt, dass ein momentan aussichtsreich erscheinendes „Gelegenheitsfenster“ im Rückblick sich entweder weniger günstig oder nur als eine von vielen sich noch bietenden Möglichkeiten darstelle. Denn, so Gärtner, ein Militärschlag würde kaum Erfolg bringen: der Iran würde sich im Bau

von Atomwaffen bestärkt fühlen („Jetzt erst recht“), die internationale Gemeinschaft weiterhin nicht über den Ort dieser Anlagen informiert, der Iran zudem aus dem Sperrvertrag austreten und die Inspektor/innen der IAEA des Landes verwiesen werden. Ein Militärschlag erforderte außerdem eine Resolution des UN-Sicherheitsrates. Alle Faktoren in Betracht gezogen, würde ein solcher Schlag vermutlich auch keinen Regimewechsel bringen, die Hoffnung liege auf einer Normalisierung der Situation – im Wissen, dass in der Vergangenheit bereits vertrauensbildende Maßnahmen wie etwa der Austausch von Uran gescheitert waren. Eine mögliche Reaktion gegenüber dem Iran sei eine Politik des Containments (Eindämmungspolitik), sollte das Land tatsächlich vor dem Bau einer Bombe stehen. Eine weitere Möglichkeit sei eine Politik der Abschreckung, denn es sei davon auszugehen, dass das Regime Irans seine Existenz nicht mutwillig aufs Spiel setzen würde, demnach also eine derartige Bombe nicht zum Einsatz bringen würde. Die bevorzugte Option sei klarerweise eine nuklearwaffenfreie Zone im Mittleren Osten; dies sei letztlich auch für Israel am besten.

Die Außenpolitik der US spiele im US-Präsidentschaftswahlkampf derzeit eine untergeordnete Rolle, die Republikanische Partei könne an Präsident Obama einzig dessen Israel-Politik kritisieren, abgesehen davon weise dieser eine erfolgreiche Bilanz vor. Die US-amerikanische Bevölkerung zeige sich in Umfragen einem erneuten Krieg gegenüber skeptisch, allerdings habe Obama sich eine militärische Option gegenüber dem Iran offen gehalten. Aus historischer Sicht sei jedenfalls davon abzuraten, aufgrund von Meinungsumfragen Kriegsentscheidungen zu treffen. Außenpolitisch sei Obama im Wahlkampf also wenig vorzuwerfen, außer dieser ließe sich noch vor der Wahl zu einer militärischen Maßnahme hinreißen, schloss Gärtner.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde vor allem die Frage des medialen Bildes bzw. der Wahrnehmung des Arabischen Frühlings sowie der Konflikte in Syrien und im Sudan diskutiert und inwieweit sich einzelne Medien um ausgewogene Berichterstattung bemühten bzw. einseitig berichteten. Das Verhalten Europas und der internationalen Gemeinschaft gegenüber den Regimen und während der Aufstände wurde erörtert, unter anderem wurde kritisiert, dass Europa als Nachbar kaum Konzepte zum Umgang damit habe und jahrzehntelang der Propaganda der Regimes vertraute. Ein Eingreifen etwa der USA in die Konflikte des Nahen Ostens und der arabischen Welt müsse allerdings differenziert betrachtet werden – die Länder seien sehr unterschiedlich, mediale Berichterstattung lasse diese Differenzierung jedoch oft vermissen und zeichne ein vereinfachtes Bild, außerdem seien oft eigene Erwartungen in die Geschehnisse hineinprojiziert worden. Ebenfalls besprochen wurde die Stellung der Türkei, wobei festgehalten werden konnte, dass ihr zwar die Rolle einer regionalen Führungsmacht attribuiert werde, tatsächlich diene sie viel eher als Inspirationsquelle in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht, weniger in politischer.